



Jeder Meter zählt!

Die ohnehin hohen Kosten für die Abwasserbeseitigung steigen immer weiter. Da wird ein Anschlussgrad von über 90 Prozent sehr teuer. Marit Wagler, Sprecherin für technischen Umweltschutz der Thüringer Linksfraktion, zeigt Alternativen zur teuren Infrastruktur auf.

Nicht nur die steigenden Energiekosten sorgen derzeit für Verunsicherung, auch die Kosten für die öffentliche Abwasserklärung steigen derzeit. Gründe sind natürlich einerseits die gestiegenen Energiekosten, andererseits auch Lieferunregelmäßigkeiten von Baustoffen. Dazu kommen gestiegene Kosten von Abwasserchemikalien, der Fachkräftemangel sowie stark gestiegene Baukosten. Zum Teil verstärken sich diese Probleme gegenseitig. Dass Thüringen das bundesweite Schlusslicht bei der Abwasserreinigung im Ländlichen Raum ist, war der Grund für den so genannten Abwasserpakt. Der wurde 2018 zwischen dem Thüringer Umweltministerium und dem Gemeinde- und Städtebund geschlossen wurde. Nach diesem Pakt soll in Bezug auf die Abwasserbeseitigung bis 2030 thüringenweit einen Anschlussgrad an öffentliche Kläranlagen von deutlich über 90 Prozent erreicht haben. Nur Grundstücke in Gemeinden mit einer Einwohnerzahl unter 200 werden nicht an öffentliche Kläranlagen



So schön kann Abwasserinfrastruktur aussehen: Teich- und Pflanzenkläranlagen sind für kleine Grundstücke eine Alternative.

angeschlossen. Hier müssen Vollbiologische Kleinkläranlagen errichtet werden.

Unser Abwassersystem ist eine

unserer teuersten Infrastrukturen ist. Die letzten Ortschaften, die hier in Thüringen noch angeschlossen werden müssen, gehen dann richtig ins

Geld. Hier zählt jeder Meter! Die Anschlusskosten, die zum Teil pro Person in den fünfstelligen Bereich gehen, müssen solidarisch getragen werden. Weil Baukosten immer teurer werden, können Abwasserverbände nicht mehr ausreichend in die Infrastruktur investieren. Außerdem steigenden die Gebühren. Viele Verbände haben nun Sorge, dass die Ziele des Abwasserpaktes nicht mehr erreicht werden können. Während sprunghafte Baukostenentwicklung und Fachkräftemangel die Aufgabenträger in die Verzweiflung treiben, wünschen sich viele Bürger mehr Mitspracherechte bei den Abwasserbeseitigungskonzepten ihrer Zweckverbände. Denn mit Gruppenkläranlagen oder alternativen, preiswerten Abwasserreinigungsmethoden wie Teichkläranlagen oder Pflanzenkläranlagen ließe sich, im Vergleich zu langen Kanalnetzen und großen Kläranlagen, manchmal noch Geld sparen.

Die rot-rot-grüne Koalition hat jetzt einen Gesetzentwurf mit dem Ziel in den Landtag eingebracht, dass künftig vorberatende Ausschüsse öffentlich tagen können. Damit soll eine Klarstellung erfolgen. Bislang ist in der Thüringer Kommunalordnung bestimmt, dass die Sitzungen vorberatender Ausschüsse nicht öffentlich sind. Das führt in der kommunalen Praxis dazu, dass zum Beispiel Beratungen zum Haushaltsplan weitestgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt werden und somit Entscheidungen hierzu nicht transparent nachvollziehbar sind. In zahlreichen Kommunen wurden allerdings Regelungen getroffen, die schon jetzt die Öffentlichkeit von vorberatenden Ausschusssitzungen ermöglichten. Das wurde allerdings vor Kurzem durch ein Rundschreiben des Landesverwaltungsamtes untersagt. Deshalb soll nunmehr die Kommunalordnung zeitnah geändert werden. Gemeinden, Städte und

Öffentlich, weil's wichtig ist

Rot-Rot-Grün will, dass in den Kommunen zukünftig auch die Finanzfragen öffentlich sind, aber noch stellt das Landesverwaltungsamt quer.



In den Thüringer Kommunen finden Beratungen zu Haushalt und Finanzen fast immer unter Ausschluss Öffentlichkeit statt.

Landkreise können künftig durch Regelung in der Geschäftsordnung bestimmen, dass Beratungsgegenstände in vorberatenden Ausschüssen in öffentlicher Sitzung behandelt werden können.

Impressum

DIE THÜRINGENGESTALTER
Kommunalpolitisches Forum
Thüringen e.V.
V.i.S.d.P.: Markus Gleichmann
Landesgeschäftsstelle
Trommsdorffstraße 4
99084 Erfurt
Telefon: 0361 54128389